

**Deutschlands Abkehr vom Gerechten Krieg**  
***Eine Allianz aus Großmachtsallüre und Pazifismus in der Libyen-Politik***

Diskussionspapier von Bernhard Stahl, 25.3.2011

Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde der Westen zusehends mit dem Problem zerfallender Staaten konfrontiert, oft begleitet von Verbrechen grauenvollen Ausmaßes. Manches Mal reagierte die Staatengemeinschaft gar nicht und ließ einen Völkermord geschehen (Ruanda, Kongo), andere Male langsam und zögerlich (Bosnien, Darfur) und nur vereinzelt entschlossen und konsequent (Kosovo, Sierra Leone, Salomonen-Inseln). Für das entschlossene Eingreifen wurde der Begriff der Humanitären Intervention geprägt.

Der liberale Philosoph Michael Walzer hat mit seinem 1977 erschienenen Buch „*Just and Unjust Wars*“ diese Grundprobleme des Westens nach dem Ende der bipolaren Welt vorausgesehen: Wie sollen sich demokratische Gesellschaften gegenüber massiven Verbrechen gegen die Menschheit, Vertreibungen, „ethnischen Säuberungen“ bis hin zum Völkermord verhalten? Walzer geht davon aus, dass Diktatoren und Warlords sich nicht länger auf eine Respektierung der staatlichen Souveränität zurückziehen dürfen, wenn elementare Menschenrechte in großem Umfang verletzt werden. Die Demokratien haben – so eine auch von Deutschland 2009 unterzeichnete Resolution der UNO-Generalversammlung - eine „*responsibility to protect*“. Walzer postulierte theoretisch Bedingungen für einen „Gerechten Krieg“ und hat hierzu eine Art Checkliste aufgestellt, wann eine humanitäre Intervention angezeigt und geboten erscheint. Neben dem „gerechten Grund“ der Menschenrechtsverletzungen sollten keine selbststüchtigen Motive der Intervenierenden eine Rolle spielen. Zudem wäre eine formale Legitimation wünschenswert, die Verhältnismäßigkeit der Mittel sollte gewahrt und alle üblichen diplomatischen Instrumente erschöpft sein. Schließlich sollte eine Intervention Aussicht auf Erfolg haben. Wendet man diese Kriterien eines „gerechten Krieges“ nun auf den libyschen Fall an, erscheint dieser geradezu als Paradebeispiel für einen „gerechten Krieg“:

Das libysche Volk erhebt sich gegen einen Diktator, der das Land seit gut 40 Jahren mit einer Mischung aus Grausamkeit und Wahnsinn regiert. Muammar Al Ghaddafi hat sich in der Geschichte als Figur verewigt, die ein abgründiger Hollywood-Film nicht authentischer hätte schaffen können: Er schickte Bombenleger in eine Diskothek nach Berlin, er ließ eine

Verkehrsmaschine über dem Atlantik in die Luft sprengen, er rekrutiert Söldner aus Schwarz-Afrika, die nun als Scharfschützen auf friedlich demonstrierende Landsleute schießen und bombardiert die eigene Bevölkerung mit seiner Luftwaffe. Ein gerechter Grund (*just cause*) zum Eingreifen ist somit mehr als gegeben. Aber gibt es keine „unehrenhaften Motive“ auf Seiten der Intervenienten? Das Zögern der internationalen Gemeinschaft zu Beginn des Aufstandes verweist bereits auf das weitgehende Fehlen solcher Motive und die Sicherung der Erdölversorgung und die Flüchtlingsfrage sprächen ja eher dafür, Gaddafi zu halten. Doch jenseits des eindeutig gegebenen „gerechten Grundes“ und der „*right intentions*“ wäre ein Eingreifen auch legitim: Die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 autorisiert die Schaffung einer Flugverbotszone zuzüglich einem Schutz der Zivilbevölkerung. Darüber hinaus ist die klassische Diplomatie ausgereizt, der libysche Machthaber zeigte sich von den Sanktionen unbeeindruckt. Nicht zuletzt erscheint der Konflikt mit relativ begrenzten militärischen Mitteln gewinnbar. Luftangriffe versprechen in einem weiten, weithin unbewaldeten Land mit relativ kleiner Bevölkerung und spärlicher Infrastruktur große Wirkung. Die Aussicht auf Erfolg der Maßnahmen ist gleichwohl der vielleicht problematischste Punkt, da nach Meinung vieler Experten der rechte Augenblick zur Errichtung einer Flugverbotszone verpasst wurde. Nun, da die internationale Gemeinschaft sich doch zum Handeln entschlossen hat, wird der Fall Libyen als Beispiel für eine humanitäre Intervention in die Literatur eingehen – und ausgerechnet in diesem Fall verweigert sich die deutsche Außenpolitik, die doch in der Vergangenheit so sehr auf ihren moralischen Anspruch gehalten hatte! Wie konnte es hierzu kommen?

Ein Blick zurück auf die großen Auslandsengagements des Westens verdeutlicht das deutsche Grundproblem mit militärischen Missionen. Als 1990/91 der Irak sein Nachbarland Kuwait überfiel, konnte Deutschland noch verfassungsrechtliche Gründe geltend machen, dem Aufruf der UNO zur Befreiung Kuweits nicht zu folgen. Zur Beruhigung des schlechten Gewissen leistete es einen finanziellen Beitrag. In der Folge des diplomatischen Meisterstücks der Vereinigung suchte es in der Folge eine positive, konstruktive Rolle in der Weltpolitik einzunehmen als „*Partner in leadership*“ (G.H. Bush). Doch schon das erste Gesellenstück misslang: Als Kohl und Genscher den eskalierenden Jugoslawienkonflikt mit einer unilateralen frühzeitigen Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens internalisieren wollten, führte dies nur zu Spaltung des Westens und endete im diplomatischen Desaster. Kernproblem der deutschen Außenpolitik zu dieser Zeit war, dass sie faktisch nicht zu den Prinzipien stehen konnte, die sie diplomatisch beschworen hatte. Anerkennungspolitik und Friedensinitiativen mussten folgenlos bleiben, solange Deutschland diese Prinzipien nicht

militärisch verteidigen mochte. Als Franzosen und Niederländer bspw. im Herbst 1991 Truppen ins umkämpfte Slawonien entsenden wollten, um die kroatischen und serbischen Konfliktparteien zu trennen, winkte Deutschland ab: Keine Einsätze deutscher Truppen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets. Die Folgen der deutschen Politik sollten mithin andere tragen. Um diese inkonsequente Position zu verändern, geschah zweierlei. Auf der konservativen Seite versuchte Verteidigungsminister Rühle, Deutschland schrittweise an internationale Verantwortung heranzuführen, indem sich die Bundeswehr mehr und mehr an logistischer und humanitärer Hilfe sowie Überwachungsaufgaben beteiligte. Diese „Salami-Taktik“ wurde durch das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts 1994 abgesichert, das Auslandseinsätze unter Parlamentsvorbehalt erlaubte. Auf der linken Seite des politischen Spektrums kämpfte eine Gruppe „Realos“ unter der Führung von Joschka Fischer um eine Neuinterpretation der deutschen Vergangenheit: „Nie wieder Krieg“ könne im Angesicht von Völkermord zu einer zynischen Haltung degenerieren. Im Falle extremer Verbrechen sei die deutsche Außenpolitik geradezu gehalten, dem Aggressor in den Arm zu fallen („Nie wieder Auschwitz“). Der Erfolg ihrer Bemühungen, die übrigens die Linke außenpolitisch spaltete, ermöglichte den Regierungsantritt der Rot-Grünen Koalition während des Kosovo-Krieges. Angesichts der stupenden Positionierung der Merkel-Regierung 2011 lohnt es sich, die Haltung der Rot-Grünen Koalition 1999 – damals übrigens im Verein mit der CDU/CSU-FDP-Vorgängerregierung – in Erinnerung zu rufen: Keine Toleranz für andauernde und schwerwiegende Menschenrechtsverbrechen trotz fehlendem UN-Mandat. Die jetzige Position bedeutet eine Wende um 180 Grad: Toleranz von schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen trotz UN-Mandat für einen Schutz von Zivilisten.

Der Kosovo-Interventionskonsens der deutschen politischen Elite ermöglichte auch das Afghanistan-Engagement 2001. Zwar wollten vor allem die Grünen auch für das Afghanistan-Engagement vorwiegend humanitäre und idealistische Gründe gelten lassen, doch das Hauptargument hatte sich im Zuge des Anti-Terrorkampfes verschoben. Die Sicherheit Deutschlands werde am Hindukush verteidigt, machte Verteidigungsminister Struck klar. Bis heute beruft sich die Bundesregierung – Kanzlerin Merkel vorneweg – auf dieses Diktum und rechtfertigt die bislang 10jährige Mission der Bundeswehr mit primär sicherheitspolitischen Erwägungen. Der Kosovo-Interventionskonsens der politischen Elite ist jedoch fragil geblieben: Nur per Vertrauensfrage vermochte Kanzler Schröder sich 2001 der Zustimmung der pazifistischen Linken zu Afghanistan zu versichern. In der Gesellschaft öffnete sich zudem bereits damals ein bedenklicher *élite-mass split*, der sich bis heute vertieft und verstetigt hat: Um die 70% der deutschen Bevölkerung lehnen das deutsche Engagement in Afghanistan ab.

Die Deutschen möchten in ihrer Mehrheit nicht einsehen, dass die einzigartigen *assets* der Nachkriegsgeschichte – außenpolitisch gelungene Vereinigung und glaubwürdige Versöhnungspolitik - auch mehr Verantwortungspolitik nach außen bedeutet. Diese grundsätzliche Skepsis der Bevölkerung, die sich in (Landtags-)wahlen auch materialisieren kann, dürfte ein wichtiges Motiv für die Entscheidung der Bundesregierung in der aktuellen Libyen-Frage gewesen sein. Denn dass sich innenpolitisch motivierte, unilaterale Außenpolitik auszahlen kann, lehrte Schröder die damaligen Oppositionspolitiker Merkel und Westerwelle in der Irak-Krise 2002/3.

Neben dem Afghanistan-Engagement ist ebendieser Irak-Konflikt der entscheidende Referenzpunkt der deutschen Haltung zu Libyen. Nach Maßgabe von Walzers Kriterien war der Irak-Krieg zweifellos ein „ungerechter Krieg“ *par excellence*, doch die damalige Bundesregierung argumentierte nicht so sehr mit Legitimität und unausgeschöpften diplomatischen Mitteln. Vielmehr beschwor Kanzler Schröder im Wahlkampf 2002 ein Deutschland, das in der Frage von Krieg und Frieden auch unilateral Nein sagen kann. Das schlechte Gewissen der „Scheckbuchdiplomatie“ aus dem Irak-Krieg 1990/91 hatte er dabei abgestreift. Fischer assistierte, indem er eindringlich vor den destabilisierenden Wirkungen einer Irak-Invasion für die Region warnte. Zugleich brach die Regierung mit ihrem „doppelten Nein“ – Absage an eine deutsche Beteiligung, unabhängig davon, was die UNO und auch die NATO oder EU entscheiden würden – mit dem multilateralen und pro-institutionellen Grundprinzip deutscher Außenpolitik. Wie auch immer, das Vabanque-Spiel der Rot-Grünen Bundesregierung ging auf: Die Bundestagswahl 2002 konnte so knapp gewonnen werden und der außenpolitische Alleingang wurde durch den Schwenk Frankreichs und die desaströse Irakpolitik der Bush-Administration *ex post* geadelt. Bemerkenswerterweise hatten Merkel und Westerwelle die Schröder'sche Position noch 2002/3 scharf kritisiert: „Unhistorisch“ sei das, so Westerwelle, weil es an den unheilvollen deutschen Sonderweg erinnere, und die damalige CDU-Vorsitzende geißelte den deutschen Alleingang als Preisgabe der Bündnissolidarität und beklagte die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen. In Ignoranz der einstigen Argumente und der völkerrechtlich völlig anderen Situation sind Merkel und Westerwelle nun auf Schröders Argumentation eingeschwenkt: Ein pazifistisches Deutschland, das Nein sagen kann. Die von vielen Kommentatoren damals als „einmaliger Sündenfall“ apostrophierte Irak-Politik droht nun mit der Libyen-Positionierung zu einem Grundmuster der deutschen Außenpolitik zu werden.

Die Bundeskanzlerin hat nun in Bezug auf die Libyen-Frage argumentiert, dass Deutschland keinerlei militärische Mittel einzusetzen gedenke, obwohl es die Ziele der Sicherheits-

ratsresolution „uneingeschränkt“ teile. Hiermit fällt die Kanzlerin in die Zeiten der Jugoslawienkriege Anfang der 1990er Jahre zurück zurück: Deutschland formuliert Prinzipien, für die andere einzustehen haben. Mit „*Frieden ist, wenn man anderswo schießt*“ pflegte der tschechische Satiriker Gabriel Laub diese Haltung zu beschreiben. Vom Walzers moralischen Imperativ des „*who could, should!*“ ist das Lichtjahre entfernt. Zugleich reaktiviert Westerwelle die Fischer'sche Destabilisierungsthese in Bezug auf den Irak („eine schiefe Bahn“) und Ruprecht Polenz warnt vor „zu viele(n) ungeklärte(n) Risiken“. Bezeichnenderweise hat der Außenminister geäußert, Deutschland würde sich an diesem „Krieg“ nicht beteiligen. Erinnert sei an dieser Stelle daran, dass weder der NATO-Bombenangriff auf Serbien 1999 noch die ersten 10 Jahre der Bundeswehr in Afghanistan aus Sicht einer Bundesregierung als „Krieg“ galten. Doch schon die UN-mandatierte Einrichtung einer Flugverbotszone ist jetzt „Krieg“! Krieg führen offensichtlich nur die anderen.

Die Schwarz-Gelbe Koalition hat sich in einer unseligen diskursiven Allianz von Großmachtallüre (ein Deutschland, das Nein sagen kann) und Pazifismus (keine deutschen Soldaten ins Ausland) vom Gerechten Krieg abgewendet. Es verlässt hiermit den innergesellschaftlich hart erkämpften Kosovo-Interventionskonsens und verstetigt den isolationistisch angelegten Sündenfall Schröders in der Irak-Politik. Ein deutscher unilateraler Rückzug aus Afghanistan wird auf diese Weise bereits argumentativ vorbereitet. Tragischerweise erfolgt diese Abkehr vom Gerechten Krieg mit weitgehender Billigung der nationalen Medien und im stillen Einverständnis von deutscher Bevölkerung und Elite. Die große Mehrheit der politischen Elite aber findet sich in der Libyen-Frage in einem Boot mit Putin, Chinas Autokraten, Le Pen und Muammar Al Gaddafi – selten gab es einen beschämenderen Moment der deutschen Außenpolitik.

*(Dr. Bernhard Stahl, Professor für Internationale Politik an der Universität Passau)*